**Lösungsvorschläge**

**Arbeitsblatt zu Plakat 09: Antikapitalismus – Du willst doch auch Gerechtigkeit?**

**Aufgabe 1**

1. Der Kapitalismus beinhaltet den freien Wettbewerb in der Wirtschaft und erlaubt den Kapitalbesitz ohne Einschränkung.
2. Der Kapitalismus wird kritisiert. Die ungleiche Verteilung von Kapital und Wirtschaftskrisen zählen zu den Hauptgründen.

**Aufgabe 2**

Es geht hier nicht um die Abschaffung der demokratischen Gesellschaft. Der Kapitalismus steht nicht in unserer Verfassung. Gründe sind Wirtschaftskrisen, hohe Arbeitslosigkeit und die Schere zwischen Arm und Reich. Somit ist eine kritische oder auch positive Haltung zum Kapitalismus legitim.

**Aufgabe 3**

Sie stellen den Kapitalismus als direkten Verantwortlichen für Armut und Hunger dar. Für soziale Ungleichheit und Ausbeutung sowie für die Umweltzerstörung und Kriege.

Kritische Anmerkung: Diese Phänomene kamen und kommen auch in kommunistischen und sozialistischen Staaten vor.

In der Forderung nach der Abschaffung des Kapitalismus ist bei Linksextremisten auch immer die Abschaffung der demokratischen Gesellschaft enthalten. Sie nutzen den durchaus zu kritisierenden Zustand, um ihre politische Staatsordnung zu etablieren. Verstaatlichung von privaten Unternehmen und Enteignungen. Ihnen geht es um eine andere Staatsorganisation entgegen dem Grundgesetz, sei es ein kommunistischer Staat oder eine anarchistische Gesellschaft.

**Aufgabe 4**

1. Mit der Einführung von sozialistischer oder kommunistischer Wirtschaftsordnung sind die Staaten politisch und wirtschaftlich gescheitert. Sie hatten Schulden, Armut und Versorgungsengpässe. Es gab keine soziale Gleichheit.

Sie behaupten, dass die Überwindung des Kapitalismus und die Einführung des Kommunismus aber genau diese Probleme beheben.

1. In allen kommunistischen Staaten gab es eine Ein-Parteien oder Ein-Personen-Diktatur ohne Meinungsfreiheit der Bürger und mit starken Menschenrechtsverletzungen. Die Bürger konnten sich nicht frei entfalten und es existierte kein Rechtsstaat.

In unserer Demokratie gelten die Minimalbedingungen, die unsere Freiheit wahren.

d) Der Markt steuert die Wirtschaft durch Angebot und Nachfrage. Es herrscht ein freier Wettbewerb und eine freie Preisbildung sowie eine Gewerbe- und eine Konsumfreiheit. Der Staat nimmt nur wenig Einfluss auf die Wirtschaft. Es gibt wenige Kontrollen oder Regulierungen durch staatliche Einrichtungen. Die Produktionsmittel sind nicht verstaatlicht.

 *(vgl.* [*https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19325/freie-marktwirtschaft*](https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19325/freie-marktwirtschaft)*)*

e) In der Demokratie durch Beteiligung an dieser. Soziale Marktwirtschaft, Demonstrationen, Parlamente, Parteien, Internet, Ausbildungs- und Arbeitsplatz

Anmerkung:

In den USA ist das Wirtschafts- und Finanzsystem viel stärker an der freien Marktwirtschaft ausgerichtet als in Deutschland. Nur 29 % umfasst der Anteil der Steuern und Sozialabgaben an der Wirtschaftsleistung (Deutschland 40 %), nur 35 % sind die Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (Deutschland 45 %) und es gibt weniger Regulierungen und Vorschriften für einzelne Branchen. Dadurch können sich wirtschaftliche Innovationen deutlich schneller durchsetzen als in Deutschland, strukturelle Wandlungsprozesse und damit soziale Anpassungsprozesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, werden aber auch weniger durch den Staat abgefedert.

Weniger Abgaben bedeutet hingegen, dass die Verantwortung (aber auch die Freiheit und die Wahl) für die private finanzielle Vorsorge stärker bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst liegt. In den USA gibt es keine gesetzliche Krankenversicherung, keine Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, kein Kindergeld und keine Arbeitslosenhilfe. Ein Arbeitslosengeld wird 26 Tage ausgezahlt.

*(vgl.* [*http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10678/corporate-america?p=all*](http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10678/corporate-america?p=all)*)*

China versucht einen Balance-Akt zwischen einer strategisch-kontrollierten Marktöffnung und sozialistischer Marktwirtschaft zu vollziehen. Seit der Reform- und Öffnungspolitik ist in den letzten 40 Jahren Chinas Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt von zwei auf 18 Prozent angestiegen. Konkret ließ China schrittweise das Marktgesetz von Angebot und Nachfrage und Wettbewerb zu. Jedoch bewegt sich China, trotz einer Zunahme der Privatwirtschaft, nach wie vor weit weg von liberalen Vorstellungen. Gerade im „inneren“ Chinas ist der Markt nicht offen und wird wirtschaftspolitisch stark gesteuert mit vielfältigen Eingriffsmöglichkeiten.

*(vgl.* [*https://www.bpb.de/izpb/275583/china-in-der-weltwirtschaft?p=0*](https://www.bpb.de/izpb/275583/china-in-der-weltwirtschaft?p=0)*)*